

## *Aufwärts durch Friedenspolitik*

*Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl beim Staatsakt zum 2. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik*

Zwei Jahre  
Deutsche Demokratische Republik

Am 7. Oktober 1949 wurde durch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlage eines neuen unabhängigen und freien gesamtdeutschen Staates gelegt. An diesem historischen Tag wurde die politische und staatsrechtliche Konsequenz aus der nationalen Notlage gezogen und der Ausgangspunkt für eine Entwicklung gelegt, die das deutsche Volk seiner nationalen Einheit, dem Wohlstand und einem dauerhaften Frieden entgegenbringen wird.

Die Regierung der Sowjetunion hat am 12. Oktober 1949 die bisherigen Verwaltungsfunktionen der sowjetischen Militärverwaltung an die damalige provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben und damit das Bestreben deutscher demokratischer Kreise als rechtmäßig anerkannt, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dessen Wiedergeburt auf demokratischer und friedlicher Grundlage in die eigenen Hände zu nehmen. Durch diese großherzige Tat der Sowjet-Regierung wurde eine Wende in der Geschichte Deutschlands eingeleitet und dem deutschen Volk der Weg zu einer eigenen staatlichen Entwicklung eröffnet. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich der Übereinstimmung mit dem Volke gewiß, wenn sie am 2. Jahrestage unserer Republik der Regierung der Sozialistischen Sowjetunion und ihrem Führer Generalissimus Stalin den tiefempfundenen Dank für diese befreiende Tat ausspricht. Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit, Ihnen Kenntnis zu geben von dem Inhalt eines Telegramms, das Generalissimus Stalin heute an uns gesandt hat:

„Am Tage der Nationalfeier — dem zweiten Jahrestage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik — bitte ich Sie, Genosse Ministerpräsident, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Ich wünsche dem deutschen Volke, der Regierung und Ihnen persönlich weitere Erfolge beim Aufbau eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates.“

Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik war Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem unbeugsamen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität zu führen. Mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung haben die demokratischen und friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland die Sammlung und ihre Führung gefunden. Heute dürfen wir

rückblickend feststellen, daß die Deutsche Demokratische Republik zur stärksten und fruchtbarsten Basis für die Entfaltung des nationalen Kampfes unseres Volkes geworden ist.

Als die Regierung vor zwei Jahren ihre Arbeit begann, standen vor ihr drei Hauptaufgaben:

1. Es galt, auf dem neuen Wege der Demokratie und des Friedens die Freundschaft und das Vertrauen der Welt zur Deutschen Demokratischen Republik zu erringen.
2. Es galt, auf der Rechtsgrundlage des Potsdamer Abkommens die friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands zu schaffen und die Kräfte der ganzen Nation im Kampf um die einheitliche und demokratische deutsche Republik zusammenzuschließen.
3. Es galt, aus eigener Kraft unter Wahrung der eigenen Handlungsfreiheit und Souveränität die Friederfswirtschaft ohne Schuldnechtschaft an ausländische Monopole planmäßig wiederaufzubauen und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen.

Die Regierung hat ihre Arbeit in aller Offenheit vor dem ganzen Volk entwickelt und dabei die volle Unterstützung aller Parteien, Massenorganisationen und breiter Kreise der Bevölkerung gefunden. Wir haben die früher in Deutschland bestehende Kluft zwischen Volk und Regierung beseitigt. Volk und Regierung bilden in unserer Republik eine schöpferische Einheit.

Dieses, in der Geschichte unseres Landes nie gekannte Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Regierung kam am 15. Oktober 1950 überzeugend zum Ausdruck, als die Bevölkerung unserer Republik in der Volkswahl die deutsche Volkskammer wählte, die vom Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Wähler getragen ist. Bei der Suche nach fadenscheinigen Gründen, das Angebot der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nach einer gesamtdeutschen Beratung ablehnen zu können, erdachten sich die Spalter unseres Landes, die demokratische Legitimation der deutschen Volkskammer anzuzweifeln, und zu behaupten, bei uns herrsche keine Freiheit. Das zu sagen, können wir niemandem zugestehen. Bei uns herrscht so viel Freiheit, daß die Regierung aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sich entschließen konnte, unserem verehrten Staatspräsidenten den Erlaß einer Amnestie zu empfehlen, von der etwa 20 000 Verurteilte betroffen werden. Und das ist die zweite Amnestie in einem Jahr.

Die deutsche Volkskammer ist die Widerspiegelung der Wünsche und Forderungen der Bevölkerung, die